

## Die Partei, die ich wählen würde



Norbert Bolz

10.03.26

Seit Jahren sind die Liberalen und Konservativen politisch heimatlos. Sie leben in einem Zweiparteienstaat, in dem Unseredemokratie die AfD bekämpft. Beide kommen für Liberale und Konservative nicht in Frage. Doch wie könnte eine Partei aussehen, die man mit gutem Gewissen wählen kann?

Die Partei, die ich wählen würde, ist gegen die Massenmigration, zumal in der unkontrollierten Form, wie sie seit 2015 geduldet und von vielen gefördert wird. Sie erreicht genau das Gegenteil dessen, was wir brauchen, nämlich die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte.

Sie ist gegen die Energiewende, diesen wahnsinnigen deutschen Sonderweg, der uns schon jetzt an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht hat.

Sie ist gegen das Monster Brüssel, gerade weil sie die Partei der guten Europäer ist. Die Losung lautet: zurück zur Wirtschaftsunion.

Sie ist gegen die Kulturrevolution der Wokeness, weil sie die Partei des Augenmaßes und des gesunden Menschenverstandes ist.

Die Partei, die ich wählen würde, ist für die freie Marktwirtschaft. Alle Gegenentwürfe zum Kapitalismus sind in gigantischen Freiluftexperimenten gescheitert. Sozialismus ist der Weg in die Knechtschaft.

Die Partei, die ich wählen würde, ist für den Liberalismus, denn individuelle Freiheit ist nicht nur unser kostbarstes Gut, sondern auch unsere größte Produktivkraft.

Sie ist für Meinungsfreiheit, und zwar uneingeschränkt. In einer freien Gesellschaft gibt es keine Meinungsdelikte; sie lebt von der Polemik und dem Streit, von Spott, Satire und Ironie. Das First Amendment der USA muss auch bei uns gelten.

Sie bekennt sich rückhaltlos zum Westen. Natürlich ist es vernünftig, sich wirtschaftlich und diplomatisch mit dem Rest der Welt zu verständigen und zu arrangieren. Aber es muss einfach klar sein, dass wir in der europäischen Tradition stehen; historisch in der Tradition von Athen, Jerusalem und Rom, aktuell im Bündnis mit den USA und dem heroischen Außenposten der westlichen Zivilisation: Israel.

Ist das zu viel verlangt?

## **Leserbrief**

### **Betr.: Leben auf Pump**

In einer namhaften süddeutschen Zeitung (Schwarzwälder Bote) war neulich zu lesen: unser Staat müsste angesichts der wirtschaftlichen Probleme über Entlastung und Senkung von Steuern nachdenken, ohne zu erwähnen, dass die staatliche Verschuldung durch das Bilden des so genannten Sondervermögens einen riesigen Umfang angenommen hat.

Stattdessen findet unsere Regierung immer wieder neue Wege, mehr Geld auszugeben, als eingenommen wird.

Statt immer neue Schulden zu machen, ist dringend eine gründliche Korrektur der Politik notwendig. Dazu gehört ein radikaler Rückbau der staatlichen Vorschriften und Regeln, ungebremste Regulierungswut mit gesetzlichen Vorgaben, Berichtspflichten, Tariftreuegesetz, Entgelttransparenzgesetz und das unsägliche Lieferketten-Sorgfaltspflichtgesetz.

Zwar haben viele der Vorschriften und Gesetze ihren Ursprung in Brüssel. Bund, Land und Kommunen sind aber nicht verpflichtet, jeden Unsinn der von dort kommt, zu übernehmen. Dies ist dringend notwendig, damit die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe nicht behindert und Arbeitsplätze gefährdet werden.

Man muss nicht unbedingt die Kettensäge einsetzen, um die Heerscharen von Beamten in Brüssel, Berlin und Stuttgart auf ein angemessenes Maß zu reduzieren. Ein Beispiel ist das aktuell diskutierte Arbeitszeiterfassungsgesetz, weil völlig überflüssig. Beschäftigte und Unternehmen können dies ohne politische Vorgaben einvernehmlich regeln.

Kernbotschaft: Weniger Staat und mehr Freiheit für Bürger und Beschäftigte.

Karl Braun, Haiterbach

März 2026

## Leserbrief

Ich bin der Meinung, dass die Rückzahlungsforderungen in Sachen Coronahilfe zurückgenommen werden müssen.

Alle mittelständischen Klein- und Mittelbetriebe sind durch überzogene Coronamaßnahmen in existenzielle Notlagen gebracht worden, bis hin zur Existenzvernichtung.

Am Anfang habe ich alle eingeleiteten Coronamaßnahmen mitgetragen, habe dann aber auf meinen vielen Geschäftsreisen zunehmend, geradezu kuriose Erlebnisse gehabt.

Gleich am Anfang, kurz nach den Bergamo-Bildern war ich 2 Tage in Rom, ohne Coronaauflagen zu beachten. Ich hatte großes Glück, dass ich an den Flughäfen Stuttgart und Rom durchgekommen bin.

Bei späteren, innerdeutschen Reisen, habe ich absolut verrückte Dinge erlebt, bis zum Übernachten im Auto und Rote Wurst essen auf dem Kofferraumdeckel.

Nach meiner Einschätzung haben die bisher getätigten Rückforderungsmaßnahmen ca. 50 Millionen gekostet. Wenn man das Ganze weiterverfolgt, werden noch einmal viele Millionen aufgewendet, zum zusätzlichen Ärger bei den Betroffenen.

Dass es auch anders gegangen wäre, zeigt meine Erfahrung mit meiner Luxemburger Gesellschaft. Dort habe ich 5.000 € auf mein Konto überwiesen bekommen, ohne große Formalien und ohne Rückforderungsansprüche.

Bei der Landtagswahl wurde die Politik der schwarz-grünen Regierung bestätigt, die Mehrheit hat sich dafür entschieden den eingeschlagenen Kurs mit folgenschwerer Fehlentwicklung fortzusetzen. Die einzige Partei mit Wirtschaftskompetenz wurde dagegen abgestraft.

Karl Braun, Haiterbach

Verfasser

ST

DH Z

BS Z

Andere ?

In Luxemburg

(-) (+)

500